

„Das war das Ende“. Durch den nationalsozialistischen Terror 1933 in Berlin ermordete Gewerkschafter

Kurt Schilde

Mit der Ernennung von Adolf Hitler zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 begann in Deutschland und insbesondere in der Hauptstadt Berlin eine bis dahin unbekannte Welle der Gewalt.¹ Dieser frühe nationalsozialistische Terror ist 80 Jahre später relativ unbekannt. Auf die Opfer in Berlin aus gewerkschaftlichen Kreisen konzentriert sich die folgende Skizze.²

Besetzung der Gewerkschaftshäuser

Am 2. Mai 1933 beobachtete Abraham Plotkin, ein damals in Berlin weilender Gewerkschaftsfunktionär aus den USA, die Besetzung von Gewerkschaftshäusern. In einem im August 1933 veröffentlichten Essay hat er beschrieben, was er an dem Tag zunächst vor dem Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Wallstraße sah: Der Sitz des ADGB „war von drei Seiten von SA-Feldpolizei³ umstellt. Der

1 Dieser Text basiert auf dem Vortrag, den ich am 6.5.2013 in der ver.di Bundesverwaltung in Berlin auf Einladung der Arbeitsgruppe „Rechtsextremismus“ der ver.di Berlin-Brandenburg gehalten habe. Die Darstellung steht im Kontext meiner Mitarbeit an der Ausstellung der Topographie des Terrors über „Berlin 1933 – Der Weg in die Diktatur“, die am 30. Januar 2013 aus Anlass des 80. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtübernahme eröffnet wurde.

2 Zu den darüber hinaus gehenden Dimensionen des Terrors siehe Kurt Schilde: Opfer des NS-Terrors 1933 in Berlin. Biografische Skizzen, in: Christoph Kopke/Werner Treß (Hrsg.): Der Tag von Potsdam. Der 21. März 1933 und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur, hrsg. vom Moses Mendelssohn Zentrum in Kooperation mit dem Zentrum für jüdische Studien (Europäisch-jüdische Studien. Beiträge, Bd. 8), Berlin 2013, S.178-211; Ders.: Todesopfer des NS-Terrors 1933 in Berlin im Spiegel der Braun-Bücher, in: Yves Müller/Reiner Zilkenat (Hrsg.): Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt/Main 2013, S.147-169; Ders.: „... verschleppt, ermordet, ins Wasser geworfen.“ Jüdische Opfer des frühen NS-Terrors 1933 in Berlin, in: Einsicht 10. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, 5, 2013, in Vorbereitung; Ders.: „Alles, woran ich hing, ist zusammengebrochen.“ Jüdische Opfer des frühen NS-Terrors in Berlin, in: jüdisches berlin, 16, 2013, Nr. 155 (Juni), S.19.

3 Sandvoß hat den Begriff „Nazi military“ mit SA-Feldpolizei übersetzt.

enge Mitarbeiterstab und Dokumente der Gewerkschaften wurden auf Polizeifahrzeuge aufgeladen. Schnellen Fußmarsches war ich zehn Minuten später beim neugebauten Sitz des Metallarbeiterverbandes in der Alten Jakobstraße. Auch hier die gleiche Beobachtung. Ich eilte in ein Taxi und fuhr zum Michaelkirchplatz [...], wo am Engelufer das [Berliner] Gewerkschaftshaus war. Die Straße war abgesperrt und das Gebäude von beiden Seiten von SA-Feldpolizei umstellt, während die Vorderstraße von Nazis abgeriegelt worden war. Das war das Ende. Jeder Führer der einunddreißig Einzelorganisationen war festgenommen und die wichtigen Sekretäre der Hauptzentrale ebenfalls.

Martin Plettl [vom Bekleidungsarbeiterverband], mit dem ich persönlich verbunden war, Otto Schwei[t]zer von der Sparte der Ingenieure und Techniker, Alwin Brandes von den Metallarbeitern, [Friedrich] Husemann von den Bergarbeitern, Carl Vol[li]mershaus, der Leiter des Brandenburger Gebiets [Bezirkssekretär des ADGB für Berlin-Brandenburg], Otto Engel, der Organisator der Landwirtschaftsbeschäftigten, [ferner] Franz Furtwängler, Walter Maschke, Frau [Gertrud] Hanna, Kuno Broecker sowie die beiden Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart und Peter Grassmann: jeder führende Funktionär wurde festgenommen, aber nicht von der Polizei, sondern durch SA-Feldpolizei.

Fünzig Personen waren an diesem Morgen davon betroffen, die anderen Verantwortlichen holte man sich an den folgenden Tagen. Und dies allein in Berlin – wie viele mögen wohl in ganz Deutschland festgenommen worden sein? Vermutlich wird es niemand genau wissen. Einige Tage sperrte man die Verhafteten in Nazi-Kasernen, dann kamen sie in städtische Gefängnisse.“⁴

Einige dieser Namen sind heute noch bekannt, zumindest lassen sich biografische Beiträge finden, so über den 1935 nach einer Schussverletzung verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Friedrich Husemann.⁵

4 Abram Plotkin: The Destruction of the Labor Movement in Germany, in: American Federationist. Official Magazine of the American Federation of Labor, August 1933, S.811-826, hier S.818. Die Übersetzung folgt Hans-Rainer Sandvoß: Widerstand in Mitte und Tiergarten (Schriftenreihe über den Widerstand in Berlin von 1933 bis 1945, Bd. 8), hrsg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1994, S.27f.

5 Siehe Gerhard Beier: Das ungehörte Lied vom braven Mann. Alwin Brandes (1866-1949), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 42, 2000, H. 2, S.94-101; Franz Vogt: Friedrich Husemann, in: Detlev Peukert/Frank Bajohr: Spuren des Widerstands. Die Berg-

Von den genannten Festgenommenen soll zunächst kurz auf die Gewerkschafterin Gertrud Hanna⁶ eingegangen werden.

Gertrud Hanna

Die 1876 in Berlin geborene Sozialdemokratin ist eine Ausnahmeerscheinung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ihr gelang im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, was nur wenige Frauen schafften: Sie konnte sich in den patriarchalisch strukturierten Organisationen Anerkennung erwerben.

Leider sind die Informationen über das Leben und Wirken dieser Kämpferin für die Rechte der arbeitenden Frauen sehr spärlich. Dazu hat sie selbst beigetragen. Als ein Journalist sie anlässlich ihres 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläums um ein Interview bat, soll sie gesagt haben: „Von mir erfahren Sie nischt. Kommt jar nicht in Frage. Een Bild wollen Sie ooch noch haben? Jiebt et nich! Von mir ist nischt zu erzählen!“⁷

Die anscheinend so bescheidene Frau stammt aus einer Berliner Arbeiterfamilie. Durch ihre Beschäftigung in einer Buchdruckerei schloss sie sich bereits als Jugendliche dem Freigewerkschaftlichen Verband der Buchdruckerei-Hilfsarbeiterinnen an. Als Gewerkschafts- und Parteifunktionärin trat Hanna in vielen Diskussionen für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts ein. Als Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Freien Gewerkschaften nahm sie 1910 an der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen teil, von der der Internationale Frauentag ins Leben gerufen wurde.⁸ 1919 erfolg-

arbeiterbewegung im Dritten Reich und Exil, München 1987, S.67-88; Fritz Franzen: Carl Vollmershaus (1883-1979). Vier Epochen deutscher Geschichte von Wilhelm II. bis Willy Brandt, Neuwied 2010; Willy Buschak: Franz Josef Furtwängler. Gewerkschafter, Indienreisender, Widerstandskämpfer. Eine politische Biografie, Essen 2010; Arnd Groß: Maschke, Walter (1891-1980). Zentralverband der Handlungsgehilfen, ADGB, FDGB, Gewerkschaft Kunst, in: Siegfried Mielke (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Bd. 1, Berlin 2002, S.238-240; Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – ein Lebensbild mit Dokumenten (1867-1947), Halbbd. 1: Biographie (Reihe Biographien europäischer Antifaschisten, Bd. 5), Berlin 2000.

6 Siehe Kurt Schilde: Gertrud Hanna, in: Manfred Asendorf (Hrsg.): Wegbereiter der Demokratie. 87 Portraits, Stuttgart-Weimar 2006, S.83-85.

7 Gulliver: Vorkämpferinnen – Gertrud Hanna, in: Frauenwelt – eine Halbmonatsschrift 9 (1932), H. 17, S.393.

8 Siehe Gisela Notz: Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n)

te ihre Wahl in die Verfassungsgebende Preußische Landesversammlung. Sie gehörte anschließend bis zu seiner zwangsweisen Auflösung 1933 dem Preußischen Landtag an.

Nach dem Machtwechsel 1933 verschlechterte sich ihre Lebensperspektive: Mit dem Zusammenbruch der deutschen Gewerkschaftsbewegung im Mai 1933 verlor sie ihren Arbeitsplatz und damit die Existenzgrundlage. Zwei ihrer Schwestern unternahmten 1933 einen Selbstmordversuch, bei dem eine von ihnen starb. Gertrud Hanna zog sich völlig von der politischen Arbeit zurück. Aber sie wurde weiterhin verfolgt und musste zu Verhören bei der Geheimen Staatspolizei. Mit der überlebenden Schwester schlug sie sich mit Flickarbeiten durch, bis beide endgültig ihren Lebensmut verloren und im Januar 1944 gemeinsam aus dem Leben schieden.

Mordopfer der Nationalsozialisten

Otto Schweitzer

Von den bei Plotkin Genannten überlebten einige das Jahr 1933 nicht, darunter Otto Schweitzer. Dieser bedeutende Funktionär der Angestelltengewerkschaften gehörte dem Bund der Technischen Angestellten und Beamten (Butab) an und vertrat ihn in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA-Bund).

Der 1886 in Memmingen in Bayern Geborene absolvierte nach der Volks- und Realschule eine Industrieschule – heute würden wir Berufsschule sagen. Bis 1908 war er in Augsburg in einem Industriebetrieb beschäftigt. Der Maschinenbauingenieur – leider ist noch nichts über den Erwerb dieser Qualifikation bekannt – schloss sich 1905 dem im Jahr davor gegründeten Bund der technisch-industriellen Beamten an. Dessen Augsburger Ortsgruppe wählte ihn in ihren Vorstand. Schweitzer engagierte sich in Arbeitskämpfen und nahm maßgeblichen Einfluss auf sie. Seine Gewerkschaft stellte ihn 1908 als Hilfssekretär ein – dies war nicht die Bezeichnung für eine Schreibkraft, sondern für eine hauptamtliche Funktion.

Nach der Beendigung einer Ausbildung in der Hauptgeschäftsstelle des Bundes der technisch-industriellen Beamten betraute ihn dieser vom Herbst 1910 bis Frühjahr 1911 vertretungsweise mit der Leitung des Gau- es Rheinland-Westfalen. (Heute gehört dieser große Bezirk zum Teil zu

Rheinland-Pfalz und erstreckt sich bis in das Bundesland Nordrhein-Westfalen.) In die Hauptgeschäftsstelle zurückgekehrt, leitete Schweitzer die Abteilungen Schriftwesen und Sozialpolitik und wurde zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied berufen.

Von August 1914 bis Dezember 1918 leistete er den für Männer in seinem Alter üblichen Heeresdienst. Als nach dem Ersten Weltkrieg im Mai 1919 eine Verschmelzung des Bundes der technisch-industriellen Beamten mit dem 1884 gegründeten Deutschen Technikerverband erfolgt war, übernahm er in der neuen Einheitsorganisation Bund der Technischen Angestellten und Beamten (Butab) als Vorstandsmitglied die Führung der allgemeinen Gewerkschaftspolitik und erledigte die engeren Vorstandsgeschäfte.

Schweitzer vertrat den Butab im Vorstand der 1917 entstandenen Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, aus dem 1921 der Allgemeine freie Angestelltenbund (AfA-Bund) entstand. Dieser bildete mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund den durch Organisationsverträge miteinander verbundenen Zusammenschluss der freien Gewerkschaften in Deutschland.

Schweitzer vertrat Butab und AfA-Bund in zahlreichen Organisationen: im Internationalen Bund der Privatangestellten, im Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform, als Vorstandsmitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit und in weiteren Vereinigungen. Der Gewerkschaftsfunktionär betätigte sich auch publizistisch und veröffentlichte zahlreiche Aufsätze in gewerkschaftlichen und sozialen Fachzeitschriften. Das Büro von Otto Schweitzer lag im Industriebeamten-Haus in Berlin-Moabit in der Werftstraße 7, welches sich im Eigentum des Butab befand. Am 28. März 1933 tagte in diesem Haus der erweiterte AfA-Vorstand. Nachdem Siegfried Aufhäuser – gleichfalls Mitglied des Butab – gebeten hatte, ihn von seiner Funktion als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zu entbinden, erfolgte eine Neuorganisierung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung. Aus dem Bundesvorstand heraus wurde ein Organisationsausschuss gebildet, dem neben Otto Urban (für den Zentralverband der Angestellten) und Hermann Buschmann (Delegierter des Deutschen Werkmeister-Verbandes) Schweitzer als Butab-Vertreter angehörte. Im Einvernehmen mit diesem Ausschuss leitete der bisherige Stellvertreter von Aufhäuser Wilhelm Stähr bis zu der am 28. April 1933 beschlossenen Auflösung den AfA-Bund.

Der Zentralverband der Angestellten und der Bund der Technischen Angestellten und Beamten galten den Nationalsozialisten als „marxistisch und

verjudet“. Der am 2. Mai 1933 am Engelufer verhaftete Otto Schweitzer wurde sieben Monate später, am 3. Dezember 1933, in seiner Gefängniszelle tot aufgefunden. Es ist ungeklärt, ob er ermordet wurde oder – wie in der Presse geschrieben – seinem Leben selbst ein Ende bereitet hat.

Emil Winkler

Ein weiterer bekannter Gewerkschaftsfunktionär, der bereits 1933 den Nationalsozialisten zum Opfer fiel, war Emil Winkler. Bis zu seiner Ermordung war er Sekretär der *Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police* (der Vorgängervereinigung der heutigen *Union Internationale des Syndicats de Police*) und übte in Personalunion führende Funktionen im Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. und in der Reichsgewerkschaft der deutschen Polizeibeamten aus.⁹

Die nachfolgende Lebensskizze von Emil Winkler als einem der einflussreichsten Polizeigewerkschafter in Deutschland ist Klaus Hübner zu verdanken, dem Berliner Polizeipräsidenten zwischen 1968 und 1987.¹⁰

Der Polizeigewerkschafter Emil Winkler stammte aus Peilau (heute Pilawa in Polen) im niederschlesischen Kreis Reichenbach, wo er 1882 geboren wurde. Informationen über sein Leben bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges konnten bisher nicht aufgefunden werden. Hübner schreibt über ihn: „Im Ersten Weltkrieg wurde er als Wehrmann der 7. Kompanie des Reserve Infanterie Regiments 212 am 24. April 1915 in Liserne (belgisches Westflandern) verwundet.“¹¹ Er kam in verschiedene Lazarette, da-

9 Kurt Schilde: Emil Winkler (1882-1933), in: Siegfried Mielke/Stefan Heinz (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biografisches Handbuch, Bd. 4, Berlin 2013, in Vorbereitung.

10 Klaus Hübner war von 1964 bis zu seiner Ernennung zum Polizeipräsidenten in Berlin Sekretär der *Union Internationale des Syndicats de Police* und damit Nachfolger von Winkler, der von 1930 bis zu seinem gewaltsamen Tod 1933 Sekretär der Vorläuferorganisation *Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police* war. Im Ruhestand hat Hübner zur Biografie seines Vorgängers recherchiert und publiziert. Siehe Klaus Hübner: Das vergessene Gedenken, in: *Tagesspiegel*, 28.12.2003, S.9; Ders.: Vergessen, verdrängen – verloren. Wer war Emil Winkler (1882-1933)?, in: *Der Bär von Berlin. Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins*, 53, 2004, S.119-128; Ders.: Vergessen, verdrängen – verloren: Das Schicksal von Emil Winkler (1882-1933), in: Wolfgang Dicke (Red.): „Nur wer die Vergangenheit kennt, hat eine Zukunft.“ *Polizeigewerkschaften in Europa*, Hilden 2004, S.4-11. Ich danke Herrn Hübner sehr für die Überlassung seiner Unterlagen, die eine große Hilfe bei der Abfassung dieses Textes waren.

11 Hübner, *Vergessen, verdrängen – verloren*, S.120.

runter in Berlin-Lichterfelde, und wurde im August 1915 wieder „feld-dienstmäßig zur Truppe entlassen“.¹²

Wie zahlreiche andere Armeeingehörige gehörte Winkler nach dem Ende des Ersten Weltkrieges der Sicherheitspolizei an, die zur „Sicherung der Regierung und zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bevölkerung“¹³ aus ehemaligen Soldaten gebildet worden war. Die Angehörigen der Sicherheitspolizei hatten sich in dem Wirtschaftsverband der Sicherheitspolizei Preußens zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden wurde Winkler gewählt. Er war Mitunterzeichner einer Erklärung vom 31. März 1920, „mit der sich der Verband hinter die legitime Regierung und gegen die Kapp-Putschisten stellt“.¹⁴

1920 ging aus der Sicherheitspolizei „durch eine Verschmelzung mit anderen Teilen der Polizei eine neue Schutzpolizei hervor“.¹⁵ Nach dem Beitritt des Wirtschaftsverbandes zum Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands wurde Winkler zum 2. Vorsitzenden gewählt. Nach der Fusion des Wirtschaftsverbandes mit dem Verband Preußischer Polizeibeamten gehörte er auch dem Vorstand dieses Verbandes an. Damals war er Polizeihauptmeister.

Der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. war 1919 als Ergebnis eines langen Prozesses von Gründungen einer Vielzahl von Hilfs- und Kameradenvereinen der Polizisten entstanden.¹⁶ Diese vielfältigen und kleinteiligen Organisationsbemühungen wurden regelmäßig von der Polizeiführung be- und verhindert. Die Polizeipräsidenten begegneten den frühen Organisationsansätzen mit Misstrauen, Einschränkungen ihrer Tätigkeit und regelmäßig mit Verboten. Disziplinierungen der führenden Personen gehörten zum damaligen „Führungsstil“.

12 Ebenda. Die Informationen beruhen auf einem Schreiben von Frau Hagemeyer, Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgungsamt – Krankenbuchlager, vom 14.7.2004 an Klaus Hübner. Privatarchiv Hübner.

13 Friedrich Gniesmer: Der Weg zur und mit der GdP, in: Gewerkschaft der Polizei (Hrsg.): Die deutsche Polizei. Ihre Geschichte, ihre Gewerkschaft, Daten, Fakten, Meinungen. 1950-1980. 30 Jahre Gewerkschaft der Polizei, Hilden 1980, S.1-58, hier S.18.

14 Manfred Reuter: „In Treue fest“. Eine Studie über ausgewählte Polizeigewerkschaften und Polizeigewerkschafter in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte e.V., Bd. 14), Frankfurt/Main 2012, S.96.

15 Stefan Heinz: Verfolgung und widerständiges Verhalten von Polizeigewerkschaftern im Nationalsozialismus. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2009, S.3. Ich danke dem Verfasser für die Überlassung seiner Materialien zur Biografie von Emil Winkler und zur Geschichte der Polizeigewerkschaften sowie zahlreiche Hinweise.

16 Siehe Reuter, „In Treue fest“; Gniesmer, Weg.

Der Verband Preußischer Polizeibeamten war Mitglied im Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands, der am 3./4. Mai 1919 entstanden war und zahlreiche Einzelverbände vereinigte. Der Verband Preußischer Polizeibeamten e.V. wurde und wird wegen der herausragenden Bedeutung nach seinem langjährigen Vorsitzenden Ernst Schrader (1877-1936) in der Regel als „Schrader-Verband“ bezeichnet.¹⁷ Dieser Verband ist als Vorläufer der Gewerkschaft der Polizei im Deutschen Gewerkschaftsbund anzusehen.

Neben dem Vorsitzenden Schrader war Winkler die herausragende Gestalt dieser Gewerkschaft. Beide bildeten ein offenbar gut und dauerhaft funktionierendes Tandem. Nach der 1927 erfolgten Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Polizeiverbände wurden Schrader Vorsitzender und Winkler am 1. Januar 1928 zunächst deren ständiger Sekretär sowie 1930 Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft. Diese organisierte im Mai 1931 schon 17.125 Mitglieder.¹⁸ Im Jahr darauf wurde die Reichsarbeitsgemeinschaft in Reichsgewerkschaft Deutscher Polizeibeamten umbenannt und zur Einheitsgewerkschaft. Vorsitzender der Reichsgewerkschaft wurde Schrader und Winkler dessen Geschäftsführer. Die nationale Polizeigewerkschaft war Gründungsmitglied der 1927 in Luxemburg ins Leben gerufenen Fédération Internationale des Fonctionnaires de Police. Ernst Schrader wurde auch hier zum Präsidenten und Emil Winkler zum Sekretär gewählt. Winkler übte diese Funktion anfangs allerdings nur kommissarisch aus, nachdem es Auseinandersetzungen um die Geschäftsführung des zunächst niederländischen Verbandssekretärs gegeben hatte. Das Sekretariat zog von Amsterdam nach Berlin, wo sich im Bezirk Schöneberg in der Lützowstraße 73 schon das Sekretariat der nationalen Polizeigewerkschaft befand.

Der demokratische Verband Preußischer Polizeibeamten, der 1930 insgesamt 71.025 Mitglieder hatte und rund 80 Prozent des Personals der preußischen Polizei organisierte,¹⁹ galt der NSDAP als gegnerische Organisation. Daher sollte er 1932 – inzwischen auf 83.620 Mitglieder angewachsen²⁰ – nach dem Willen der Preußischen Landtagsfraktion der NSDAP aufgelöst werden. In einem Antrag forderte sie: „Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht,²¹ im Bereich des Freistaates Preußen aus Gründen der politischen Sauberkeit und Moral den so

17 Endemann, Schrader, S.505.

18 Siehe Hübner, Vergessen, verdrängen – verloren, S.120.

19 Siehe Volquardt, Beamtenverbände, S.112.

20 Siehe ebenda, FN 435.

21 Im Original irrtümlich „ersuchen“.

genannten Schrader-Verband der Polizeibeamten sofort aufzulösen. Das Vermögen des Verbandes ist zugunsten der Kriegerhinterbliebenenfürsorge sicherzustellen.“²²

Mit dem „Preußenschlag“ genannten Staatsstreich der durch Franz von Papen geführten Reichsregierung endete 1932 die demokratische Entwicklung der Weimarer Republik. Bis zum Machtwechsel 1933 unterlag der Schrader-Verband einem „Wechselspiel zwischen Anpassung und Selbstbehauptung, Rechtfertigung und Eingeständnis von Irritation“.²³ Der Vorsitzende Schrader „war für die Nationalsozialisten ein rotes Tuch“.²⁴ Am 20. Juni 1932 hatte er aus gesundheitlichen Gründen einen Erholungsurlaub angetreten und im September endgültig auf den Vorsitz des Verbandes verzichtet. Dies sah die NSDAP als ihren Erfolg an. Zu Schraders weiterem Lebensweg sei nur angemerkt, dass er 1936 seinem langjährigen Krebsleiden erlag.²⁵ Der Schrader-Verband – der 1933 noch 84.000 Mitglieder²⁶ hatte – wurde am 1. Dezember 1933 aufgelöst, die Mitglieder wurden dem nationalsozialistischen Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter angeschlossen.

Emil Winkler war nach Aussage seiner Sekretärin Gertrud Kapke Mitglied und Funktionär der SPD.²⁷ Auch seine Lebensgefährtin Frieda Reimann gehörte dieser Partei an.²⁸ Seit der Trennung des Ehepaares Emil und Olga Winkler lebten Reimann und Winkler bis zu seinem Tod in der Kurfürstenstraße 163 in Berlin-Schöneberg. Nach dem Tod ihres Lebensgefährten wurde Frieda Reimann – so in einem von ihr verfassten Lebenslauf festgehalten – „immer wieder von der Gestapo zwecks Vernehmungen angefordert [...] im ganzen 5 Verhaftungen“.²⁹

Emil Winkler trat am 1. April 1933 in die NSDAP ein und erhielt die Mitgliedsnummer 1.773.648. Die im Bundesarchiv im ehemaligen Document Center aufbewahrte Mitgliederkarteikarte enthält nur spärliche Angaben. Nach seinem Tod wurde seine Mitgliedschaft bei der NSDAP-Reichslei-

22 Zit. nach: Gniesmer, Weg, S.29.

23 Volquardts, Beamtenverbände, S.113.

24 Ebenda.

25 Siehe Endemann, Schrader, S.509.

26 Siehe Volquardts, Beamtenverbände, S.114.

27 Erklärung von Gertrud Kapke vom 3.7.1951.

28 Siehe den von Frieda Reimann für den Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“ ausgefüllten Fragebogen vom 2.8.1945, Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep 118-01, Nr.7298.

29 Lebenslauf vom 15.8.1945. LAB, C Rep 118-01, Nr.7298.

tung gestrichen.³⁰ Es gibt in den bisher aufgefundenen Quellen keinerlei Hinweise, welches Motiv Winkler in die NSDAP geführt hatte.

An der am 14./15. September 1933 in Amsterdam geplanten Sitzung des Exekutivkomitees der *Fédération Internationale* konnte Winkler nicht mehr teilnehmen. Bereits am 1. September seien, so Gertrud Kapke, er, Ernst Schrader und zwei weitere Vorstandskollegen mit Lastwagen aus ihren Wohnungen ins Konzentrationslager verschleppt worden. Winkler kam zunächst ins Columbia-Haus und von dort nach Oranienburg.³¹

Die näheren Umstände von Winklers Ermordung sind Gegenstand eines Artikels des schwedischen Polizisten Lennart Westberg aus Sundsvall, den dieser vor einigen Jahren im „Archiv für Polizeigeschichte“ veröffentlicht hat. Dessen Informationen beruhen auf einem Nachruf im Vereinsblatt des Bundes Schwedischer Polizeibeamter „*Svensk Polistidning*“ vom 15. Oktober 1933 und einer am 15. Mai 1934 in diesem Journal veröffentlichten Schilderung der Todesumstände, die sich ihrerseits vermutlich auf Berliner Polizeikreise stützt. „Nach einem kurzen Verhör durch die Gestapo wurde Winkler am 13. September verhaftet und in das berüchtigte Columbia-Haus verbracht. Im Laufe der nächsten drei Tage wurde Winkler so schwer gefoltert, daß die Leitung des Columbia-Hauses Winkler vor seinem Tode unbedingt abschieben wollte. Am 16. September wurde Winkler nach Oranienburg überführt, aber der dortige Arzt verweigerte die Aufnahme wegen des innerhalb weniger Stunden zu befürchtenden Todes von Winkler. Er wurde stattdessen an das städtische Hospital in Berlin weiterdirigiert, wo er noch am selben Tage an seinen schweren Mißhandlungen verstarb. Der Familie wurde verboten, die Leiche zu sehen. Die Kleider Winklers waren von Blut durchtränkt. Die Todesbescheinigung wies als Todesursache ‚Herzinfarkt‘ aus.“³²

Tatsächlich gelangte er am 17. September 1933 um 4 Uhr morgens aus dem Konzentrationslager Oranienburg in das Staatskrankenhaus der Po-

30 E-Mail von Heinz Fehlauer, Bundesarchiv Berlin, vom 4.6.2003 an Klaus Hübner. Privatarchiv Hübner.

31 Erklärung von Gertrud Kapke.

32 *Svensk Polistidning*, 15.5.1934, zit. nach der Übersetzung von Lennart Westberg: Emil Winkler. Die Ermordung eines Polizei-Gewerkschafters 1933, in: *Archiv für Polizeigeschichte*, 9, 1998, Nr. 26, H. 3, S.79-81. hier S.81. Das hier genannte Verhaftungsdatum weicht von der Angabe Gertrud Kapkes ab. Die Richtigkeit ließ sich nicht klären. Der genannte Todesort ist das Staatskrankenhaus der Polizei. Es handelt sich vermutlich um einen Übertragungsfehler bei der Übersetzung 1934 ins Schwedische bzw. Rückübersetzung 1998 ins Deutsche.

izei in der Scharnhorststraße 13 in Berlin-Mitte. Dieses aus dem 19. Jahrhundert stammende Garnisonslazarett hatte 1920 die Sicherheitspolizei – der Winkler damals angehörte – als Zentralkrankenhaus der Polizei Berlin und des Deutschen Reiches übernommen. In dem Hospital befand sich seit 1931 eine „Gefangenenstation für kranke bzw. verletzte Polizeigefangene“, und ab 1933 wurden hier auch verletzte „Schutzhäftlinge“ der Gestapo und anderer Polizeien, wie der SA-Hilfspolizei, eingeliefert.³³ Emil Winkler kam in die Abteilung für chirurgisch Kranke.³⁴ Als genaue Krankheitsbezeichnung wird angegeben: „Herzschwäche [...] als Folge vermutlicher innerer Verletzungen (Nieren).“ Ausführlich sind die Verletzungen aufgeführt. Emil Winkler verstarb nur vier Stunden nach seiner Einlieferung um 8 Uhr an den Folgen der erlittenen Verletzungen. Er wurde in das Leichenschauhaus in der Hannoverschen Straße 6 gebracht und am 3. Oktober auf dem Friedhof in der Gottlieb-Dunkel-Straße im Bezirk Tempelhof bestattet.³⁵ Auf den Tod von Emil Winkler wird in den Ausstellungen „Berlin 1933 – Der Weg in die Diktatur“ der Stiftung Topographie des Terrors und „Warum schweigt die Welt?!“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eingegangen, die 2013 in Berlin zu sehen sind.³⁶ Otto Schweitzer und Emil Winkler sind in Berlin nicht die einzigen Gewerkschafter, die Opfer des Terrors im ersten Jahr der NS-Herrschaft

33 Das Krankenhaus diente bis 1989 als Krankenhaus der Nationalen Volksarmee der DDR und ist seit 1990 Krankenhaus der Bundeswehr. Siehe zur Baugeschichte [Richard] Scheibner: Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin. Um- und Erweiterungsbauten. Erster Bauabschnitt, in: Zentralblatt der Bauverwaltung, 53 1933, H. 14, S.157-167, sowie http://www.bundeswehrkrankenhaus-berlin.de/portal/a/berlin/lut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP315EyrpHK9quLEvPik8uz4pNSinMw8vdjUIKM0r1gvPbU4OS-MzOaMkVb8g21ERAImcYtg/ (21.8.2012).

34 Die folgenden Angaben wurden dem Krankenblatt des Staatskrankenhauses entnommen. Bundesarchiv, R 19, Polizeikrankenhaus, Krankenblatt (Karteikarte Nr. 1352).

35 Die Urne wurde auf dem „Hügel Anna Reimann, Abteilung 14, Abschnitt 33, Reihe 18, Nummer 697“ beigesetzt. Karteiblatt Friedhof Gottlieb-Dunkelstr. zu Emil Winkler. Kopie Privatarchiv Hübner. Bei der Grabstelle handelte es sich, so Klaus Hübner, wohl „um das Grab der Mutter von Frieda Reimann“. „Heute sind die Gräber weitflächig eingeebnet.“ Hübner, Vergessen, verdrängen – verloren, S.124.

36 Für die Ausstellung der Topographie des Terrors ist eine Publikation angekündigt. Zur Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand siehe Karoline Georg/Kurt Schilde/Johannes Tuchel: „Warum schweigt die Welt?!“ – „Why ist the world still silent?!“. Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933 bis 1936 – Prisoners in Berlin's Columbia-Haus Concentration Camp, 1933 to 1936. Eine Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand – An exhibition by the German Resistance Memorial Center, Berlin 2013, S.46-49.

wurden. Nachfolgend soll kurz an neun weitere ermordete Männer erinnert werden:³⁷

Max Ebel

Der 1878 in Berlin geborene Buchdrucker begann schon früh, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Ab 1912 war er Bezirksleiter und Schriftführer im Vorstand des Verbandes Berliner Buchdrucker, von 1913 bis 1915 auch Sekretär im Verein Berliner Buchdrucker. Ebenfalls ab 1912 gehörte er dem Vorstand der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe an und hatte von 1924 bis 1933 die Stelle des Geschäftsführers des Berliner Verbandes der Krankenkassen inne.

Verhaftet wurde Ebel am 23. März 1933 bei der Besetzung der Geschäftsstelle des Hauptverbandes der Deutschen Krankenkassen vor dem Peter-Behrens-Haus am Alexanderplatz im Bezirk Mitte. Er wurde in das SA-Gefängnis General-Pape-Straße verschleppt, wo er am 11. April 1933 verstarb. Darüber berichtete die „Berliner illustrierte Nachtausgabe“ am 13. April: „Am Dienstagnachmittag wurde er in dem Zimmer, das man ihm für die Dauer der Haft angewiesen hatte, am Fensterkreuz erhängt aufgefunden.“ An dieser Version seines Todes sind Zweifel angebracht, u. a., weil die heute noch im Originalzustand vorhandenen Kellerfenster keine Fensterkreuze aufweisen, an denen er sich hätte erhängen können. Die Todesumstände sind bisher ungeklärt.³⁸

Paul Hipler

Über Paul Hipler, Mitglied im Baugewerkschaftsbund, ist sehr wenig bekannt. Der 1898 in Brandenburg (Kreis Heiligenbeil) in Ostpreußen (heute: Ušakovo in Russland) geborene Bauarbeiter lebte in Neukölln in der Saalestraße 11. Am 27. Juli 1933 verhaftet, kam er in das SA-Gefängnis General-Pape-Straße und wurde dort am 31. Juli 1933 erschossen.

37 Siehe für die folgenden Biografien die genannte Ausstellung „1933 – Der Weg in die Diktatur“ und die angekündigte Begleitpublikation.

38 Für weitere Informationen siehe Kurt Schilde/Rolf Scholz/Sylvia Walleczek: SA-Gefängnis Papestraße. Spuren und Zeugnisse. Mit einem Geleitwort von Johannes Tuchel und einem Beitrag von Siegfried Wege. Eine Schrift der Bruno-und-Else-Voigt-Stiftung, Berlin 1996, S.101-103.

Bernhard Kandzora

Der 1891 geborene Bernhard Kandzora war aktives SPD-Mitglied und Bezirkskassierer des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs. Der seit dem 9. Februar 1933 vermisste Gewerkschafter wurde am 22. März 1933 am Bahnhof Berlin-Hermsdorf an der Bahnunterführung Bismarckstraße im Bremerhäuschen eines leer stehenden Güterzuges erhängt aufgefunden. Die am 27. März 1933 abgeschlossenen polizeilichen Ermittlungen ergaben: „Keine Anhaltspunkte für fremdes Verschulden.“

Hans Otto

Der 1900 in Dresden geborene Bühnenschauspieler engagierte sich politisch seit 1923 in der KPD und ab 1929 in der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO). Er war Vorsitzender des Bezirks Berlin des Arbeiter-Theater-Bundes Deutschlands sowie Vizepräsident des Lokalverbandes Deutscher Staatstheater der Genossenschaft Deutscher Bühnengehöriger. Nach dem Machtwechsel erfolgte im Februar 1933 seine Entlassung aus dem Schauspielhaus-Ensemble.

1933 gehörte er der Unterbezirksleitung Berlin-Zentrum der KPD an und war an der Umstellung der Partei auf die Illegalität beteiligt. Bei einem Treffen seiner Widerstandsgruppe am 13. November 1933 wurde er festgenommen und war mehrere Tage im Geheimen Staatspolizeiamt in der Prinz-Albrecht-Straße 8 sowie in verschiedenen Folterstätten inhaftiert. Im SA-Quartier in Berlin-Mitte, Vossstraße 18, wo sich der Sitz der SA-Führung von Berlin-Brandenburg befand, wurde er schwer misshandelt. Ein inszenierter Fenstersturz sollte einen Suizid vortäuschen. Schwer verletzt wurde der Schauspieler am 24. November 1933 in die Gefangenenstation des Staatskrankenhauses der Polizei in der Scharnhorststraße 13 in Berlin-Mitte verbracht und verstarb noch am selben Tag an den Folgen seiner Verletzungen.

Michael Kazmierczak

Michael Kazmierczak, 1898 in Sokolowo (Provinz Posen, heute polnisch: Sokolowo) geboren, hatte in Eisengießereien, einer Baumwollspinnerei und zuletzt als Bauarbeiter in Leipzig gearbeitet. Er war gewerkschaftlich organisiert. Zu Beginn der 1930er-Jahre leitete er den Abwehrrapparat der sächsischen KPD. 1933 wirkte er als Reichskurierleiter der illegalisierten

KPD. Im November 1933 wurde er verhaftet und wenige Tage später im Columbia-Haus in Berlin-Tempelhof ermordet. Sein Tod ist bereits kurz danach bekannt geworden. Seine Witwe Anne Kazmierczak informierte Anfang 1934 die im Exil erscheinende „Arbeiter-Illustrierte Zeitung“: „Am 18. November wurde er verhaftet, am 20. November war er tot.“³⁹

Fritz Kolosche

Der 1908 geborene Fritz Kolosche lebte in Berlin-Charlottenburg. Er gehörte dem Kampfbund gegen den Faschismus an und war in Charlottenburger Häuserschutzstaffeln aktiv, die dem Schutz der Bevölkerung vor nationalsozialistischen Angreifern dienten.

Als es Ende August 1932 vor einem SA-Sturmlokal in der Röntgenstraße 12 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Häuserschutzstaffeln und SA-Männern kam, fielen mehrere Schüsse. Ein SA-Angehöriger wurde tödlich getroffen. Unter den 1932 vor einem Sondergericht angeklagten neun Häuserschutzstaffelmitgliedern befand sich Fritz Kolosche. Den Verteidigern Hans Litten und Kurt Rosenfeld gelang aber der Nachweis, dass die tödlichen Schüsse nicht von den Angeklagten stammten.

Nach dem Machtwechsel 1933 ließen die Nationalsozialisten den klaren Freispruch nicht auf sich beruhen und rächten sich. Zu ihren ersten Opfern gehört Kolosche, der am 12. April 1933 von Angehörigen des berüchtigten SA-Sturm 33 in der SA-Kaserne Rosinenstraße 6 („Maikowski-Haus“) misshandelt und gefoltert wurde. An den Folgen der Verletzungen verstarb er am 18. April 1933 im Krankenhaus Westend. Nachgetragene sei, dass sein Anwalt Hans Litten 1938 in Dachau ermordet wurde.

Die drei folgenden Gewerkschafter zählen zu den zahlreichen Opfern der „Köpenicker Blutwoche“ im Juni 1933.⁴⁰

Paul von Essen

Der ausgebildete Schlosser – geboren 1886 in Allenstein in Ostpreußen (heute: Olsztyn in Polen) – arbeitete als Betriebsrat im AEG Kabelwerk Oberschöneweide, bis er 1932 entlassen wurde. Seit 1906 gehörte er der

39 Siehe Georg/Schilde/Tuchel, „Warum schweigt die Welt?!“, S.52-55.

40 Siehe Stefan Hördler (Hrsg.): SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, Berlin 2013.

SPD an und war Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, für den er 1933 als Kurier tätig war.

Am 21. Juni 1933 wurde er von SA-Hilfspolizisten festgenommen und am selben Tag ermordet. Seine Leiche wurde in einen Sack gesteckt und am 1. Juli 1933 zusammen u. a. mit der Wasserleiche von Johannes Stelling aus der durch Köpenick fließenden Dahme bei Wendenschloß geborgen.

Johannes Stelling

Er wurde 1877 in Hamburg geboren, nahm eine Lehre als Handlungsgehilfe auf und wurde Gewerkschaftsmitglied. Sein folgendes Leben ist durch Tätigkeiten als Redakteur, Vorsitzender der Gewerkschaft der Handels- und Transportarbeiter Lübecks und Abgeordneter der Bürgerschaft sowie die Mitgliedschaft in der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung bestimmt. 1919 wurde er Innenminister und war von 1921 bis 1924 Ministerpräsident des neu entstandenen Freistaates Mecklenburg-Schwerin.

Das SPD-Mitglied war ab 1920 mit Unterbrechung Sekretär des Parteivorstandes der SPD und ab 1928 Mitglied des Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterinternationale sowie Gauleiter des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold von Berlin-Brandenburg. Ab 1920 gehörte er fast ununterbrochen dem Deutschen Reichstag an und stimmte dort wie die anderen Reichstagsabgeordneten der SPD am 23. März 1933 gegen das „Ermächtigungsgesetz“.

Sein Leichnam wurde am 1. Juli 1933 zusammen mit dem von Paul von Essen in der Dahme aufgefunden. Stellings Oberkörper war nackt und wies mehrere Schussverletzungen auf.

Johannes Schmaus

Der 1879 in München geborene Johannes Schmaus war seit 1913 Funktionär des Deutschen Landarbeiter-Verbandes im Bezirk Mainz. 1914 besuchte er die Gewerkschaftsschule in Berlin und arbeitete danach als Angestellter und ab 1920 als Mitglied des Hauptvorstands der Landarbeitergewerkschaft. Er war Mitglied der SPD. Schmaus übersiedelte nach Berlin, gehörte hier dem Verband der Zimmerer, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ sowie der Freireligiösen Gemeinde an. Seine Haupttätigkeit versah er als Vorstandsmitglied des Landarbeiterverbandes.

Nachdem im Laufe des 21. Juni 1933 eine Hausdurchsuchung bei der Familie Schmaus ergebnislos geblieben war, drangen am späten Abend SA-

Hilfspolizisten noch einmal in die Wohnung ein, um Johannes Schmaus zu verhaften. Der durch Hilferufe seiner Ehefrau Katharina herbeigeeilte Sohn Anton trat den nun auch ihn bedrohenden Eindringlingen mit einer Waffe entgegen und erschoss drei von ihnen in Notwehr.

Nach der Schießerei und Flucht von Anton Schmaus stürzten sich die SA-Hilfspolizisten auf Johannes Schmaus und misshandelten ihn brutal. Der wehrlose, schwer verletzte – oder bereits tote? – Mann wurde in einem Stallgebäude am Haus aufgehängt, um einen Selbstmord vorzutäuschen. „Tod durch Erhängen“ lautete denn auch das Ergebnis der rechtsmedizinischen Untersuchung.

Es ist zu wünschen, dass weitere Recherchen durchgeführt werden, um mehr über diese und Informationen zu weiteren Opfern des frühen nationalsozialistischen Terrors ans Licht zu bringen. Diese Menschen haben ihr Leben für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung geopfert und dürfen nicht vergessen werden.